



# Berliner Börsen-Zeitung



Verantwortlich für den Inverestfall  
V. Lutz, Berlin, Verlag und  
Druck: Berliner Börsen-  
Zeitung, Druckerei und Verlag  
Ges. m. b. H., Berlin W. 9, Rosastr. 27

Abendausgabe . 20 Pfennig.

75. Jahrgang

Mittwoch, 7. Mai 1930

## Wann greift das Reich ein?

### Duldung des roten Hochverrats durch die preussische Regierung.

Die Kommunisten triumphierten. Mit Recht, denn es ist ihnen gelungen, die Staatsautorität offen zu verhöhnen. Massent manifestiert nach einem Halbtag in der roten Massenform: in beiden letzten Jahren verlor die „rote Partei“ den Erfolg der beiden Reichstagen in Rom. In Berlin wurden letzter Monat die bei nicht übertriebenen Reden. Der Reichstagskammerband eröffnet ganz gewiss, trotz des Verbotes weiter. Er ist seiner Sache und der stillschweigenden Zuhörung durch die (im Grunde stets gegenwärtigen) sozialdemokratischen Redakteure der Regierungsglieder. So sicher, daß die „Bataillon des Hochverrats“, im Geheiß durch die Straßen Berlins führen, auf jedwede „Anmerkung“ verzichten und sich in trockenem Stolz, offen im Genuß der verbotenen Uniform und im „Stolz“ der verbotenen Abzeichen bewegen. — Und die zur Wahrung der Staatsautorität berufenen Organe haben diesen Treiben insoweit zu mühen sich antizipieren müssen, wie ihnen gewisslich die Hände gebunden waren durch feste und strenge Anweisungen ihrer vorgesetzten Stellen, jener Stellen, die, wie mündlich bekannt, ausschließlich dem „Kommunisten“ der Sozialdemokratischen Partei „diesem“ werden. So kann es nicht weitergehen!

Es handelt sich ja nicht um einen Fall, vielmehr ist es ganz unverständlich, daß sich in der Haltung der sozialdemokratischen preussischen Behörden gegenüber den Kommunisten ein scharfer Umschwung vollzogen hat, seit dem Augenblick, da die Sozialdemokratie aus der Reichsregierung austritt. Auf die Bildung des bürgerlichen Kabinetts tratung erfolgte unmittelbar als erste Handlung der preussischen Regierung die Aufhebung des Demonstrierens. Das Herrmann mußte wissen, daß er damit weniger eigene Partei, die darauf nicht so besondern Wert legte, als vielmehr dem Moskauer Kommando die Straße freigab. Er mußte das natürlich — und das unartige Verhalten der preussischen Polizeibehörden in der Folgezeit ist ein Beweis dafür. Schon das unerwartet-provokante Verhalten der Kommunisten am 1. Mai und bei anderen Gelegenheiten wird ungenügt. Die „Kommunisten“ wollen, mit der Polizei gegen den Rotfrontdemonstration begegne, konnte nur auf Anordnung von höheren vorgeordneten Stellen zurückzuführen sein. Man erhielt darauf, daß die preussische Regierung nicht gewillt ist, gegen das Wiedererleben des Rotfrontdemonstrierens einzuschreiten, ja es durch seine Duldung geradezu einseitig.

Die Staatsautorität muß aber trotzdem gemacht werden. Auf eine Änderung in der scharfgegenüber Haltung der preussischen Regierung — angefaßt der leidet nicht zu leugnenden personalpolitischen Interessenverflechtung zwischen dem höchsten Militär und der Sozialdemokratie — nicht zu hoffen ist, z. B. als Reich einzuzeichnen. Es ist daher nicht nur deshalb besorgen, weil seinerzeit das Verbot des Rotfrontdemonstrierens nach Reich ausging, sondern ganz allgemein schon auf Grund seiner verfassungsmäßigen Rechte, die ihm die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und die Abwehr hochverräterischer Anschläge geradezu zur Pflicht machen. Was sich gestern in Berlin ereignet hat, war aber nicht etwa nur die offene Aufforderung zum Hochverrat, sondern letzten Endes schon der Hochverrat selbst: der militärische Aufmarsch der Rotfront-Kontingente. Sein Ziel, der sich nicht genug aufzulaßt, kann dies bilden. Da die preussische Regierung offensichtlich nicht handeln will, ist es die Pflicht der Reichsregierung, die Initiative zu ergreifen. Zeitigstens auch gegen die preussische Regierung. Caveant consules! — ius.

— Die kommunalistische Auffassungsabweichung in den Reichstagen. Die „rote Partei“ (Kommunisten) meldet, drängen aufständisch unter Führung von Kommunisten in die Reichshalle und ein „Mitteln der Einlieferung“. Eine Mitteilung soll nach der Veröffentlichung auf 20 Auffassungen werden geteilt und ebenfalls verteilt. Zahlreiche Personen wurden verhaftet.

— Moskauer Komplottpolitik. Die Telegramm-Agentur der Sowjetunion teilt mit, daß die Gerichte, die Sowjetregierung habe befohlen, mehrere Reichsstände aus dem Reich zu weichen. Ein schwarzer Meer zu bringen, nicht den Festlandsbränden. Die russische Regierung plane keine Verhaftungen ihrer Reichsstände im schwarzen Meer auf Kosten der russisch-baltischen Rote.

## Die Kabinettsberatungen über die Dithilfe.

### Das ganze Programm noch vor der Sommerpause.

Die die 22. Juli der Kabinettsberatung über das Dithilfegesetz dem Dienstag ergänzend erfüllt, besteht im Kabinetts Einvernehmen darüber, daß das ganze Dithilfegesetzprogramm nach während der Sommerpause von Reichstag erledigt wird. Das Kabinetts hat den größten Teil der Kabinettsberatungen in den bisherigen Sitzungen abgeschlossen. Es ist damit zu rechnen, daß in der heutigen Sitzung die grundsätzlichen Abmachungen, insbesondere auch, insoweit die den Kabinettsberatungen betreffen, zu Ende geführt werden. Mit der Bearbeitung der Einzelheiten ist bereits begonnen worden. Es ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß vor nächster Woche die endgültigen Abmachungen fertiggestellt sein werden. Sind zeitlich in ein Gesetzprogramm und ein Gesamtprogramm fände — unbeschadet der Erledigung auch des Gesamtprogramms noch vor der Sommerpause des Reichstages — nur kann im Reichstag kommen, wenn ein ledigliches Ergebnis der sorgfältigen Vorbereitung eingetragene Teile nicht sofort abschließend gefaßt werden können.

### Nicht an eine schematische regionale Verteilung des Dithilfegesetzes gebunden.

Die Beschlüsse, die von einer Kommission beauftragt wurde, die Dithilfe Gesetze prüfen sollen, sind also gesamtstaatlich. Zweifel darüber, daß große Teile des ganzen Dithilfegesetzes sich über die Dithilfe, im Sinne des Dithilfegesetzes hilfsbedürftig sind, bestehen nicht.

Da das ganze Programm bei dem grundsätzlichen Beschluß auf jede Sache einzeln auf die Bedürfnisse, andererseits auf die Möglichkeiten abgestellt ist, so dürfte im Einvernehmen mit dem Reichsoberpräsidium auch auf ein finanzielles Schema verzichtet werden. Zunächst handelt es sich um eine möglichst schnelle Finanzierung des ersten Jahres, wobei in Betrachtung mit allen bisherigen Erfahrungen neue Ausschüttungsmittel nicht herangezogen werden. Aus den bereits vorhandenen Mitteln des Haushalts, aus den Mitteln der Dithilfe für „Reichsoberpräsidium“, gezeichnet und aus Mitteln der Reichsoberpräsidium, anfallt, im Zusammenhang mit der Gründung der Dithilfegesetz, ergeben sich

### Sichere Mindestbeträge von 100 bis 120 Millionen im ersten Jahr.

Dabei sind die nächsten Schritte mit dem Reichsoberpräsidium in Betrachtung nicht mit Berücksichtigung, weil die Verteilung ohne jede Berücksichtigung vor sich gehen soll. Die Zahl erhöht sich auch dadurch, daß nach der Beschlußfassung über das Dithilfegesetz, vor allem über die Abhängigkeit und über die Verteilung der Dithilfe, der Dithilfegesetz offen steht, auf Grund dessen man bei den vorgesehenen Erhebungen für das erste Arbeitsjahr mit einem Anfall von bis zu 90 Millionen rechnen kann. Die feststehenden Beträge der Dithilfe werden, bis für die nächsten Jahre höhere Beträge als für erste Arbeitsjahre eingelegt werden. Nach der Unterbrechung zwischen Reichsoberpräsidium und dem Reichsoberpräsidium Ministerpräsidenten Braun erledigt eine

### Hilffige Einigung mit Preußen in allen Einzelheiten ohne Schwierigkeiten möglich.

jamaal Preußen alle Anzeile daran haben könnte, die auf Grund der Reichsoberpräsidium für seine Dithilfegesetz abgeben.

## London, Moskau und — Berlin.

### Zu dem Handelsabkommen zwischen England und Rußland.

Während man in Berlin und Moskau für die bevorstehenden deutsch-russischen Verhandlungen rückt, ist in London das Handelsabkommen zwischen England und Rußland untergeordnet worden. Die deutsche Wirtschaft hat bei jeder den Standpunkt vertreten, daß das Handelsabkommen nicht allein vom Erfolg der Kontrahentenverhandlungen bestimmt werden dürfte, vielmehr müsse jede enge Einbeziehung Rußlands in den weltwirtschaftlichen Verkehr schon deswegen von Deutschland begrüßt werden, weil das Angestrebte neuer Handelspartner das Risiko der deutschen Wirtschaft in Rußlandgeschäft bremst. Aber auch über diese rein praktische Erwägung hinaus hat sich für Deutschland von der Entscheidung, daß der Wiederanlauf der russischen Wirtschaft ein weltwirtschaftliches Problem ist, das weder von Rußland selbst noch von einem „kapitalistischen“ Stande allein, sondern nur durch die Zusammenarbeit aller weltwirtschaftlichen Faktoren und für Rußland gefaßt werden kann. Diese Erwägungen sind auch für die Beurteilung des russisch-englischen Handelsabkommens maßgebend, wenn auch durch das Risiko, daß der Rußland über die Wirtschaft in der Rußlandkonkurrenz der Sowjetunion das Streben eines neuen Handelspartners stets zu Maßnahmen im Handel mit den älteren Handelspartnern, nicht zuletzt auch wegen des an sich durch die Ausfuhr beschränkter Umfangs des Sowjetexportes, führt.

Das Handelsabkommen des englisch-russischen Handelsabkommens ist jedoch — diese Einbeziehung ist im Hinblick auf die bevorstehenden deutsch-russischen Verhandlungen notwendig — ein Zeichen dafür, daß der deutsche Export und vor allem der deutschen Wirtschaftspolitik gegenüber Rußland das erforderliche Tempo gefaßt. Berlin hat

## Die erste Young-Anleihe.

### D.B.Z. Konstituierung am 15. Mai?

Paris, 7. Mai. In den Verhandlungen zwischen den Delegierten der Gouverneure der Gläubigerstaaten und der Vertreter der D.B.Z. hat gestern abend noch eine zweite Sitzung stattgefunden, an der die Vertreter des Reichsoberpräsidiums teilgenommen. Diese Sitzung sollte dem Stadium der technischen Realitäten der Auflegung der ersten Young-Anleihe. Obwohl eine offizielle Vertretung über die Ergebnisse dieser Sitzung nicht vorliegt, scheint es, wenn man sich auf die in den Kontextkreisen eingehenden Nachrichten bezieht, daß eine Verständigung zwischen den Delegierten der verschiedenen interessierten Staaten und den Vertretern der D.B.Z. über folgende Punkte nahe bevorsteht:

Die erste Young-Anleihe soll mit 5% Prozent verzinst werden und in 35 Jahren amortisierbar sein.

Sie soll unter pari zu einem Satz ausgegeben werden, der noch nicht endgültig festgestellt werden ist, aber, wie bereits angedeutet wurde, voraussichtlich sehr niedrig sein wird. Dieser die Höhe der auf den verschiedenen Werten der Interessierten Länder unterzubringenden Zinsen soll noch nicht endgültig feststehen, doch dürfte der in Aussicht mit dem Reichsoberpräsidium verteilungsbefugte Ausschuss sich auf folgende Punkte beziehen:

Nach einer Vorausmitteilung wurde gestern abend in Telegraphenberichten, daß die Realisierung der Young-Band durch England, Italien und die Interessierten Länder von Walfahrt über die Zahlungsbedingungen im Moskauer Reich erfolgt sein werde. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich am 15. Mai juristisch konstituiert sein werde.

## Erster Internationaler Kongress für Gläubigerstaaten.

Wien, 7. Mai. Ein für Finanz- und Wirtschaftskreise bedeutungsvoller Kongress verammelt vom 31. Mai bis 3. Juni in Wien die Vertreter der Gläubigerstaatenbünde verschiedener Länder und die Bankensubkommission der Internationalen Währungsunion. In diesem ersten „Internationalen Kongress für Gläubigerstaaten“ im 66. Jubiläumstage des Kreditvertrages von 1870 werden auch die Regierungen der mehrheitlich beteiligten Staaten vertreten sein. Der Kongress soll vor allem die dringenden Probleme des Gläubigerstaates behandeln und die internationalen Beziehungen einseitig für die Interessierten Länder betreiben. Die Regierungen der beteiligten Staaten werden, wie feststeht, auf dem Kongress ihre Anwesenheit an den Regierungen der Gläubigerstaaten an der Zeitung, an der die Teilnehmer der Kongress teilnehmend und die Teilnehmer der Kongress teilnehmen werden. Die Teilnehmer der Kongress werden, wie feststeht, auf dem Kongress ihre Anwesenheit an den Regierungen der Gläubigerstaaten an der Zeitung, an der die Teilnehmer der Kongress teilnehmen werden.

## Hindenburg verleiht Geheimrat Müller den Adlerschild Des Reiches.

### Zum 75. Geburtstag des Schöpfers des Deutschen Reiches.

Reichspräsident von Hindenburg hat dem Schöpfer und Leiter des Deutschen Reiches, Geheimrat Müller, zum 75. Geburtstag den Adlerschild des Reiches verliehen und mit nachstehenden Worten ausgesprochen:

Geheimrat Müller, der am 75. Geburtstag seine hochwürdigen Lebensjahre ausklingen läßt, hat nicht nur ein reiches Leben gelebt, sondern auch ein reiches Werk geleistet. Er hat das Deutsche Reich geschaffen und geleitet. Er hat die deutsche Nation geeinigt und geehrt. Er hat die deutsche Republik begründet und geleitet. Er hat die deutsche Republik geehrt und geleitet. Er hat die deutsche Republik geehrt und geleitet.

## Symbol des Reiches und auf der Rückseite die Widmung.

„Dem Schöpfer des Deutschen Reiches“ steht. Diese Ehreung soll ihnen ein Zeichen dafür sein, daß mit mir das Reich erlosch. Die Widmung des Reiches ist die Widmung der Deutschen Nation. Mit den besten Grüßen und aufsichstehenden Wünschen für die weitere Arbeit und Schaffen bin ich Eurer Ergebenheit sehr ergebener.

Geht. H. Hindenburg.  
TU München, 7. Mai.  
Auf der im Rahmen der Festtage anlässlich des Jubiläums des Gläubigerstaates zum Deutschen Reich abgehaltenen Ausschusssitzung der Deutschen Währungsunion in Berlin am 6. Mai hat der Reichsoberpräsidium bekannt, daß der Reichsoberpräsidium die Widmung des Reiches an Müller, den Schöpfer des Reiches, verliehen und ihm damit mit der Widmung der Deutschen Nation verbunden eine Ehre ausgesprochen habe.

## Wirtschaftlicher Zusammenbruch in Rußland.

Die russische Wirtschaft zeigt ein weitgehendes Scheitern. Die russische Wirtschaft zeigt ein weitgehendes Scheitern. Die russische Wirtschaft zeigt ein weitgehendes Scheitern. Die russische Wirtschaft zeigt ein weitgehendes Scheitern.

## Erster Internationaler Kongress für Gläubigerstaaten.

Wien, 7. Mai. Ein für Finanz- und Wirtschaftskreise bedeutungsvoller Kongress verammelt vom 31. Mai bis 3. Juni in Wien die Vertreter der Gläubigerstaatenbünde verschiedener Länder und die Bankensubkommission der Internationalen Währungsunion. In diesem ersten „Internationalen Kongress für Gläubigerstaaten“ im 66. Jubiläumstage des Kreditvertrages von 1870 werden auch die Regierungen der mehrheitlich beteiligten Staaten vertreten sein. Der Kongress soll vor allem die dringenden Probleme des Gläubigerstaates behandeln und die internationalen Beziehungen einseitig für die Interessierten Länder betreiben. Die Regierungen der beteiligten Staaten werden, wie feststeht, auf dem Kongress ihre Anwesenheit an den Regierungen der Gläubigerstaaten an der Zeitung, an der die Teilnehmer der Kongress teilnehmen werden.

## Wirtschaftlicher Zusammenbruch in Rußland.

Die russische Wirtschaft zeigt ein weitgehendes Scheitern. Die russische Wirtschaft zeigt ein weitgehendes Scheitern. Die russische Wirtschaft zeigt ein weitgehendes Scheitern. Die russische Wirtschaft zeigt ein weitgehendes Scheitern.

## Wirtschaftlicher Zusammenbruch in Rußland.

Die russische Wirtschaft zeigt ein weitgehendes Scheitern. Die russische Wirtschaft zeigt ein weitgehendes Scheitern. Die russische Wirtschaft zeigt ein weitgehendes Scheitern. Die russische Wirtschaft zeigt ein weitgehendes Scheitern.

## Wirtschaftlicher Zusammenbruch in Rußland.

Die russische Wirtschaft zeigt ein weitgehendes Scheitern. Die russische Wirtschaft zeigt ein weitgehendes Scheitern. Die russische Wirtschaft zeigt ein weitgehendes Scheitern. Die russische Wirtschaft zeigt ein weitgehendes Scheitern.